

Kleine Anfrage

des Abg. Daniel Lindenschmid AfD

und

Antwort

**des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung
und Kommunen**

Linksextremistische Parteien in Baden-Württemberg

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse liegen ihr über Aktivitäten von linksextremistischen Parteien in Baden-Württemberg seit 2019 vor (tabellarisch aufgeschlüsselt nach Ort, Datum, Art der Aktivität, Zahl der Teilnehmenden sowie unter der Angabe, ob es dabei zu Ordnungswidrigkeiten oder Straftaten kam)?
2. Wie hat sich die Zahl der Mitglieder und aktiven Unterstützer der in Ziffer 1 erfragten Parteien in Baden-Württemberg seit 2019 entwickelt?
3. Welche personellen und organisatorischen Verbindungen sind ihr zwischen den erfragten Parteien bzw. zwischen den erfragten Parteien und anderen linksextremistischen Parteien und Gruppierungen bekannt?
4. Welche Erkenntnisse liegen ihr zu Rekrutierungsstrategien, insbesondere in sozialen Medien, der erfragten Parteien sowie der linksextremistischen Szene in Baden-Württemberg im Allgemeinen vor?
5. Welche Gewaltdelikte sind ihr von Mitgliedern und Unterstützern der in Ziffer 1 erfragten Parteien bekannt?
6. Wie bewertet sie das Gewaltpotenzial der in Ziffer 1 erfragten Parteien insgesamt?
7. Welche Erkenntnisse liegen ihr über den Besitz von legalen und illegalen Waffen von Mitgliedern und aktiven Unterstützerinnen/Unterstützern der erfragten Parteien vor?

8. Verfügen die erfragten Parteien über einen Zugang zu Immobilien für Veranstaltungen und falls ja, welche Veranstaltungen fanden in diesen Immobilien statt?

17.8.2022

Lindenschmid AfD

Begründung

Diese Kleine Anfrage soll einen Überblick über linksextremistische Parteien geben und ihre Rekrutierungsstrategien sowie ihr Gewaltpotenzial beleuchten.

Antwort

Mit Schreiben vom 26. Oktober 2022 Nr. IM6-0141.5-356 beantwortet das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung:

Vorab ist darauf hinzuweisen, dass eine abschließende und aufgeschlüsselte Darstellung aller Aktivitäten im Sinne der Kleinen Anfrage allenfalls über eine manuelle Aktenauswertung möglich wäre, die in der zur Beantwortung parlamentarischer Anfragen zur Verfügung stehenden Zeit nicht mit vertretbarem Aufwand leistbar ist.

Aus der Abwägung der verfassungsrechtlich garantierten Informationsrechte der Abgeordneten mit den negativen Folgen für die künftige Arbeit und Aufgabenerfüllung des Landesamts für Verfassungsschutz Baden-Württemberg (LfV) sowie den daraus resultierenden Beeinträchtigungen der Sicherheit des Landes Baden-Württemberg, der Gefährdung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LfV sowie etwaiger Vertrauenspersonen folgt darüber hinaus, dass in Teilen eine Offenlegung des Erkenntnisstandes des LfV nicht möglich ist. Aus dem Bekanntwerden des Informationsstands des LfV könnten Rückschlüsse auf die Arbeitsweise, die Arbeitsfähigkeit und die Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben des LfV gezogen werden. Hierdurch würde die Funktionsfähigkeit des LfV beeinträchtigt, was wiederum für die Interessen des Landes Baden-Württemberg nachteilig sein kann (vgl. § 4 Absatz 2 Nummer 4 des Landessicherheitsüberprüfungsgesetzes). Hinsichtlich eines Teils des Erkenntnisstandes bestünde außerdem die Möglichkeit, gegebenenfalls in der Szene eingesetzte Vertrauenspersonen zu identifizieren. Die Aufdeckung ihrer Identität könnte dazu führen, dass ihr Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit gefährdet wäre. Im Falle des Einsatzes von Vertrauenspersonen stehen Rechte Dritter der Erfüllung des Informationsanspruchs entgegen. Diese Personen wären bei einer Mitteilung in ihren Grundrechten auf Leben, körperliche Unversehrtheit oder Freiheit der Person gefährdet. Die Landesregierung trifft eine Schutzpflicht gegenüber ihren nachrichtendienstlichen Quellen und sie hat insoweit jegliche Handlungen zu unterlassen, die zu einer Enttarnung der Quelle führen können. Darüber hinaus ist das Vertrauen in die Fähigkeit eines Nachrichtendienstes, die Identität seiner Quellen zu schützen, für seine Funktionsfähigkeit essentiell (vgl. BVerfG, Beschluss vom 16. Dezember 2020 – 2 BvE 4/18 –, Rn. 103 ff. [im Hinblick auf die Begrenzung des parlamentarischen Enqueterechts]). Die Mitteilung von Erkenntnissen, die Rückschlüsse auf nachrichtendienstliche Zugänge zulassen, würde sich nachhaltig negativ auf

die Fähigkeit des LfV auswirken, solche Zugänge zu gewinnen bzw. solche Kontakte fortzuführen. Die Landesregierung hat in die Abwägung einbezogen, ob andere Formen der Informationsübermittlung möglich sind, die das Informationsinteresse des Landtags unter Wahrung berechtigter Geheimhaltungsinteressen der Landesregierung befriedigen. Dieser Teil des Erkenntnisstandes des LfV berührt jedoch derart die dargestellten schutzbedürftigen Belange, dass auch ein geringfügiges Risiko des Bekanntwerdens im Falle einer eingestuften Beantwortung der Fragen nicht hingenommen werden kann.

1. Welche Erkenntnisse liegen ihr über Aktivitäten von linksextremistischen Parteien in Baden-Württemberg seit 2019 vor (tabellarisch aufgeschlüsselt nach Ort, Datum, Art der Aktivität, Zahl der Teilnehmenden sowie unter der Angabe, ob es dabei zu Ordnungswidrigkeiten oder Straftaten kam)?

Zu 1.:

Die in Baden-Württemberg aktiven linksextremistischen Parteien „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) sowie ihre Jugendorganisation „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ) und die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD), wie auch deren Jugendorganisation „Rebell“, waren im angefragten Zeitraum seit dem Jahr 2019 vor allem in den Handlungsfeldern „Antifaschismus“, „Antikapitalismus“, und „Antimilitarismus“ aktiv. Neben den pandemischen Rahmenbedingungen und den damit verbundenen Herausforderungen an Zusammenkünfte und inhaltliche Positionierungen, war dieser Zeitraum thematisch vor allem von der Landtagswahl und der Bundestagswahl im Jahr 2021 geprägt. Seit Beginn des Jahres 2022 rückten dann vermehrt geopolitische Fragestellungen in den Vordergrund.

Mit vertretbarem Aufwand und unter Verweis auf die Vorbemerkung kann exemplarisch über folgende Aktivitäten linksextremistischer Parteien Auskunft gegeben werden:

a) „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) und ihre Jugendorganisation „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ)

„Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)		
Ort	Datum	Art der Aktivität
Karlsruhe	25.3.2019	Diskussionsveranstaltung „Hände weg von Venezuela“
Stuttgart	6.4.2019	Beteiligung an einer Demonstration mit dem Motto „Mieten runter – Wohnen muss bezahlbar bleiben!“
Karlsruhe	1.5.2019	Beteiligung an der „1. Mai-Demonstration“
Karlsruhe	18.5.2019	Beteiligung an einer Demonstration gegen den „Rechtsruck in Deutschland“
Mannheim	7.7.2019	Informationsstand der DKP und SDAJ beim „Fest der Solidarität“
Stuttgart	13.7.2019	Beteiligung an einer Demonstration gegen das neue Polizeigesetz
Karlsruhe	18.10.2019	Vortrag „Ökologie und Klassenkampf“
Heidelberg	1.11.2019	Gedenkveranstaltung an während der NS-Herrschaft ermordete Widerstandskämpfer/-innen
Karlsruhe	7.2.2020	Diskussionsveranstaltung „DKP und Arbeiterklasse heute“
Mannheim	22.2.2020	Beteiligung an einer Kundgebung gegen das Bundeswehr-Manöver „DEFENDER 2020“
Stuttgart	28.3.2020	Beteiligung an einer Demonstration gegen steigende Mieten
Mannheim	2.4.2020	Online-Lesekreis zu Karl Marx
Ulm	3.4.2020	Stammtisch „Trinken mit Linken“
Karlsruhe	9.4.2020	Plakataktion „Pfleger statt Panzer!“
Karlsruhe	1.5.2020	Beteiligung an der „1. Mai-Demonstration“
Stuttgart	30.5.2020	Beteiligung an der Kundgebung „Ihre Krise – Nicht auf unserem Rücken!“
Karlsruhe	18.7.2020	Beteiligung an der Kundgebung „#NichtaufunseremRücken“
Stuttgart	18.7.2020	Beteiligung an der Kundgebung „Ihre Krise – Nicht auf unserem Rücken!“
Stuttgart	19.8.2020	Beteiligung an der Kundgebung „6 Monate nach den rassistischen Morden in Hanau“
Fellbach	26.9.2020	Informationsveranstaltung zum Thema „70 Jahre NATO – 70 Jahre zuviel. Der neue Kalte Krieg“
Stuttgart	28.1.2021	Vortragsveranstaltung „50 Jahre Radikalerlass“
Mannheim	1.5.2021	Beteiligung an der „1. Mai-Demonstration“
Karlsruhe	1.5.2021	Beteiligung an der „1. Mai-Demonstration“
Stuttgart	20.6.2021	Gedenkveranstaltung für „Lilo Herrmann“
Stuttgart	22.7.2021	Solidaritätskundgebung gegen ein DKP-Parteiverbot
Stuttgart	1.9.2021	Gedenkfeier zum „Antikriegstag 2021“
Heidelberg	1.11.2021	Gedenkveranstaltung an während der NS-Herrschaft ermordete Widerstandskämpfer/-innen

Stuttgart	9.11.2021	Gedenkveranstaltung zur „Pogromnacht 1938“
Stuttgart	15.1.2022	Gedenkkundgebung für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht
Stuttgart	16.4.2022	Beteiligung an einer „Friedensdemonstration“
Karlsruhe	1.5.2022	Beteiligung an der „1. Mai-Demonstration“
Stuttgart	8.5.2022	Kundgebung zum „Tag der Befreiung“
Stuttgart	11.6.2022	Antikriegsdemonstration „Offensive gegen Aufrüstung“
Stuttgart	1.10.2022	Beteiligung an der Demonstration „Keinen Euro für Krieg und Zerstörung!“

„Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ)		
Ort	Datum	Art der Aktivität
Mannheim	13.2.2019	Offener Abend der SDAJ – „100 Jahre Ermordung an Karl und Rosa“
Stuttgart	28.2.2019	Vortragsveranstaltung „Rechte Strukturen & Kräfte in der Region Stuttgart“
Stuttgart	9.3.2019	Vortragsveranstaltung zum „Frauenkampftag“
Mannheim	13.3.2019	Offener Abend der SDAJ – „Wohnen – ein Privileg der Rechten?“
Mannheim	10.4.2019	Offener Abend der SDAJ – „Umweltschutz“
Stuttgart	20.4.2019	Beteiligung am „Ostermarsch“
Stuttgart	1.5.2019	Beteiligung an der „Revolutionären 1. Mai-Demonstration“
Mannheim	15.5.2019	Offener Abend der SDAJ – „Die EU – Garant für Frieden, Völkerverständigung und Freiheit?“
Mannheim	12.6.2019	Offener Abend der SDAJ – „Steigende Rüstungsausgaben“
Stuttgart	6.7.2019	Flyeraktion am Straßenfest „Lange-Ost-Nacht“
Mannheim	7.7.2019	Informationsstand beim „Fest der Solidarität“
Stuttgart	20.7.2019	Beteiligung an einer Kundgebung gegen die „Grauen Wölfe“
Stuttgart	31.8.2019	Informationsstand „Bundeswehr raus aus den Schulen!“
Stuttgart	19.9.2019	Informationsveranstaltung „Die DDR – Ein Unrechtsstaat?“
Mannheim	21.9.2019	Informationsveranstaltung „Heinz Holz: Vom Bürgersohn zum marxistischen Philosophen“
Ulm	16.10.2019	Beteiligung an einer Kundgebung „zum faschistischen Anschlag von Halle“
Stuttgart	9.11.2019	Gedenkveranstaltung zur „Pogromnacht 1938“
Ulm	11.12.2019	Beteiligung an einer Kundgebung gegen die NATO
Ulm	20.2.2020	Banneraktion gegen die Bundeswehr
Stuttgart	8.3.2020	Beteiligung an der Demonstration zum „Internationalen Frauenkampftag“
Stuttgart	1.5.2020	Beteiligung an der „1. Mai-Demonstration“
Stuttgart	8.5.2020	Kundgebung zum „Tag der Befreiung“

Ulm	8.5.2020	Kundgebung zum „Tag der Befreiung“
Stuttgart	6.6.2020	Beteiligung an einer „Demonstration gegen Polizeigewalt“
Zwingenberg	29.5. bis 1.6.2020	Jugendcamp
Stuttgart	14.6.2020	Beteiligung an einer „Demonstration gegen Polizeigewalt“
Stuttgart	19.8.2020	Beteiligung an einer Kundgebung „6 Monate nach Hanau“
Stuttgart	1.9.2020	Gedenkfeier zum „Antikriegstag“
Karlsruhe	4.12.2020	Beteiligung an der Kundgebung „Gegen Nazibullen und Rassismus bei der Polizei!“
Stuttgart	5.12.2020	Beteiligung an der Kundgebung „Abrüsten statt Aufrüsten“
Stuttgart	28.1.2021	Vortragsveranstaltung „50 Jahre Radikalerlass“
Stuttgart	19.2.2021	Beteiligung an der Kundgebung „Ein Jahr nach Hanau“
Ulm	19.2.2021	Beteiligung an einer Kundgebung zum „Jahrestag des rassistischen Anschlags von Hanau“
Stuttgart	8.3.2021	Beteiligung an einer Demonstration zum „Internationalen Frauenkampftag“
Ulm	27.3.2021	Beteiligung an der Kundgebung „Kein Platz für rechte Corona-Kritik“
Stuttgart	3.4.2021	Beteiligung an der „Ostermarschdemonstration“
Ulm	3.4.2021	Beteiligung an der „Ostermarschdemonstration“
Mannheim	5.4.2021	Beteiligung an der Kundgebung „Frieden mit Russland! Raus aus der Nato!“
Ettlingen	30.4.2021	Beteiligung an einer Demonstration unter dem Motto „Nicht auf unserem Rücken! Wir zahlen nicht für Eure Krise!“
Mannheim	1.5.2021	Beteiligung an einer Demonstration zum „Antikapitalistischen 1. Mai“
Stuttgart	1.5.2021	Beteiligung an der „1. Mai-Demonstration“
Ulm	1.5.2021	Beteiligung an einer Demonstration zum „Tag der Arbeit“
Karlsruhe	1.5.2021	Beteiligung an einer Kundgebung zum „Tag der Arbeit“
Mannheim	8.5.2021	Beteiligung an einer Kundgebung zum „Tag der Befreiung“
Stuttgart	8.5.2021	Beteiligung an einer Kundgebung zum „Tag der Befreiung“
Ulm	8.5.2021	Beteiligung an einer Kundgebung zum „Tag der Befreiung“
Karlsruhe	8.5.2021	Beteiligung an einer Kundgebung zum „Tag der Befreiung“
Ulm	22.5.2021	Beteiligung an einer Kundgebung gegen „Ungerechtigkeiten der aktuellen Corona-Maßnahmen der Bundesregierung“

Karlsruhe	22.5.2021	Beteiligung an einer Kundgebung „Unsere Gesundheit oder ihre Profite?“
Stuttgart	3.7.2021	Protestaktion „gegen die Verdrängung von Jugendlichen auf öffentlichen Plätzen“
Karlsruhe	14.7.2021	Beteiligung an der Kundgebung „#DKPwählbarmachen“
Stuttgart	22.7.2021	Beteiligung an einer Kundgebung gegen ein DKP-Parteiverbot
Freiburg	31.7.2021	Beteiligung an einer Kundgebung „#DKPistwählbar“
Freiburg	1.9.2021	Beteiligung an einer Kundgebung zum „Antikriegstag“
Karlsruhe	1.9.2021	Beteiligung an einer Kundgebung zum „Antikriegstag“
Mannheim	15.9.2021	Gedenkveranstaltung zur „Lechleiter-Widerstandsgruppe“
Ulm	18.9.2021	Beteiligung an einer Kundgebung gegen die AfD
Mannheim	30.10.2021	Beteiligung an der Demonstration „Deine Miete – Ihre Profite!“
Karlsruhe	9.11.2021	Beteiligung an einer Kundgebung zum Gedenken an die Reichspogromnacht
Stuttgart	20.11.2021	Filmabend mit Informationsveranstaltung „Die Grauen Wölfe in Stuttgart“
Stuttgart	11.12.2021	Beteiligung an einer Demonstration gegen eine AfD-Veranstaltung
Stuttgart	19.2.2022	Beteiligung an der Kundgebung „Zwei Jahre nach Hanau“
Ulm	19.2.2022	Beteiligung an der Demonstration „Zwei Jahre nach Hanau“
Karlsruhe	19.2.2022	Beteiligung an der Demonstration „Zwei Jahre nach dem rassistischen Anschlag in Hanau“
Freiburg	27.2.2022	Vortragsveranstaltung „50 Jahre Radikalerlass“
Karlsruhe	27.2.2022	Beteiligung an einer Demonstration „Karlsruhe gegen den Krieg“
Karlsruhe	20.3.2022	Beteiligung an der Kundgebung „Stoppt den Krieg der Herrschenden“
Freiburg	14.4.2022	Beteiligung an einer Kundgebung zum „Antikriegstag“
Stuttgart	16.4.2022	Beteiligung an der „Ostermarschdemonstration“
Mannheim	1.5.2022	Beteiligung an der „1. Mai-Demonstration“
Stuttgart	1.5.2022	Beteiligung an der „1. Mai-Demonstration“
Ulm	1.5.2022	Beteiligung an der „1. Mai-Demonstration“
Karlsruhe	1.5.2022	Beteiligung an der „1. Mai-Demonstration“
Freiburg	29.5.2022	Informationsveranstaltung „Nein zum Demokratieabbau!“
Zwingenberg	3.6.-6.6.2022	Jugendcamp
Karlsruhe	9.7.2022	Beteiligung an einer Demonstration gegen das Bundeswehr-Sondervermögen

Stuttgart	13.7.2022	Beteiligung an einer Demonstration gegen das neue Polizeigesetz
Ulm	22.7.2022	Banneraktion beim „Schwörmontag-Fest“
Karlsruhe	8.8.2022	Vortrags- und Diskussionsveranstaltung zum „Hiroshimatag“
Ulm	1.9.2022	Antimilitaristische Banneraktion
Mannheim	17.9.2022	Beteiligung an der Demonstration „Wir frieren nicht für eure Krise!“
Stuttgart	1.10.2022	Beteiligung an der Demonstration „Keinen Euro für Krieg und Zerstörung!“
Stuttgart	7.12.2022	Beteiligung an der Demonstration „Für eine Welt, in der niemand fliehen muss“

b) „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD) und ihre Jugendorganisation „Rebell“

„Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD)		
Ort	Datum	Art der Aktivität
Karlsruhe	28.1.2019	Beteiligung an einer Solidaritätsmahnwache mit einem Geflüchteten
Friedrichshafen	16.2.2019	Informationsstand zur Wahl des Europäischen Parlaments
Friedrichshafen	23.3.2019	Informationsstand zur Wahl des Europäischen Parlaments
Karlsruhe	11.5.2019	Informationsstand zur Wahl des Europäischen Parlaments
Heilbronn	26.8.2019	Protest gegen die „Hartz IV-Gesetze“
Heilbronn	5.2.2020	Beteiligung an Protesten gegen eine Veranstaltung der AfD
Heidelberg	14.2.2020	Diskussionsveranstaltung „Ohne revolutionäre Theorie, keine revolutionäre Praxis“
Karlsruhe	1.5.2020	Beteiligung an der Demonstration zum 1. Mai
Albstadt	13.8.2020	Beteiligung an einer Kundgebung gegen die AfD
Ulm	28.8.2020	Beteiligung an der Kundgebung „Black Lives Matter“
Mannheim	26.9.2020	Beteiligung an einer Protestveranstaltung gegen Massenverhaftungen in der Türkei
Mannheim	21.11.2020	Beteiligung an einer Demonstration gegen das PKK-Verbot
Stuttgart	22.11.2020	Beteiligung am Aktionstag gegen das PKK-Verbot
Stuttgart	10.3.2021	Beteiligung an einer Kundgebung „Zero Covid“
Esslingen	21.5.2021	Gründungstreffen der „Internationalistischen Liste“ zur Bundestagswahl 2021
Esslingen	26.9.2021	Beteiligung an einer Kundgebung zur Bundestagswahl 2021
Heilbronn	26.9.2021	Wahlfest der MLPD zur Bundestagswahl 2021
Esslingen	11.2.2022	Beteiligung an einer Kundgebung gegen „Coronaleugner“
Stuttgart	3.2.2022	Beteiligung an einer Kundgebung gegen Angriffe des türkischen Staates in Nordsyrien
Ulm	26.6.2022	Buchvorstellung

Mannheim	30.6.2022	Streikaktion bei einem Unternehmen in Mannheim
Schwäbisch-Hall	8.7.2022	Buchvorstellung
Mannheim	3.8.2022	Beteiligung an einer Kundgebung zum „Gedenken an das Massaker des IS“
Heilbronn	1.9.2022	Beteiligung an einer Kundgebung zum „Antikriegstag“
Freiburg	1.9.2022	Beteiligung an einer Kundgebung zum „Antikriegstag“
Tübingen	1.9.2022	Beteiligung an einer Kundgebung zum „Antikriegstag“

„Rebell“		
Ort	Datum	Art der Aktivität
Heilbronn	4.9.2021	Beteiligung an einer Kundgebung zur Bundestagswahl 2021
Heilbronn	26.9.2021	Beteiligung am Wahlfest der MLPD zur Bundestagswahl 2021
Esslingen	26.9.2021	Jugendkonzert zur Bundestagswahl 2021

Die polizeiliche Aufgabenzuschreibung erstreckt sich primär auf die Abwehr von Gefahren für die Öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie die Strafverfolgung. Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung liegen der Polizei vor, sofern diese im Rahmen der polizeilichen Aufgabenwahrnehmung erlangt werden, beispielsweise bei Versammlungen entsprechender Parteien, die polizeilich begleitet werden. Eine statistische Erfassung entsprechender Erkenntnisse erfolgt nicht, weshalb seitens der Polizei keine valide Auskunft im Sinne der Fragestellung möglich ist. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 5 verwiesen.

2. Wie hat sich die Zahl der Mitglieder und aktiven Unterstützer der in Ziffer 1 erfragten Parteien in Baden-Württemberg seit 2019 entwickelt?

Zu 2.:

Über das linksextremistische Personenpotenzial gibt das LfV im jährlich erscheinenden Verfassungsschutzbericht Auskunft. Die Zahl der Mitglieder der beiden linksextremistischen Parteien im Land, DKP und MLPD, lag im angefragten Zeitraum relativ konstant zwischen 400 und 500 Personen (DKP) bzw. 450 und 500 Personen (MLPD) (vgl. Verfassungsschutzbericht 2021, S. 88).

3. Welche personellen und organisatorischen Verbindungen sind ihr zwischen den erfragten Parteien bzw. zwischen den erfragten Parteien und anderen linksextremistischen Parteien und Gruppierungen bekannt?

Zu 3.:

Die beiden linksextremistischen Parteien in Baden-Württemberg stehen als politische Wettbewerber grundsätzlich in einem Konkurrenzverhältnis zueinander. Dem LfV liegen darüber hinaus keine Erkenntnisse zu personellen oder etablierten organisatorischen Verbindungen zwischen diesen Parteien und parteiungebundenen Akteuren aus der linksextremistischen Szene Baden-Württembergs vor.

Indes lassen sich immer wieder Mobilisierungs- oder Protestaufrufe feststellen, die nicht nur von Gruppierungen der gewaltorientierten linksextremistischen Szene in Baden-Württemberg verbreitet werden, sondern auch von parteiungebundenen linksextremistischen Akteuren mitgetragen werden. Ebenso verhält es sich mit der Teilnahme an Demonstrationen. So mobilisierten der baden-württembergische

Landesverband der DKP, die dazugehörigen Ortsgruppen Heidenheim, Karlsruhe und Rems-Murr sowie die „Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend Stuttgart“ beispielsweise in einem gemeinsamen Aufruf zur Teilnahme an einer Demonstration im Aktionsfeld „Antimilitarismus“ am 1. Oktober 2022 in Stuttgart, an der sich neben einer gewaltorientierten linksextremistischen Gruppierung auch nicht-extremistische Organisationen beteiligten.

Im Übrigen wird auf die Vorbemerkung verwiesen.

4. Welche Erkenntnisse liegen ihr zu Rekrutierungsstrategien, insbesondere in sozialen Medien, der erfragten Parteien sowie der linksextremistischen Szene in Baden-Württemberg im Allgemeinen vor?

Zu 4.:

Mitgliederwerbung und -rekrutierung ist für alle, auch für die erfragten Parteien von großer Bedeutung hinsichtlich der Entfaltung gesellschaftlichen Einflusses. Soziale Medien spielen insbesondere für die Nachwuchsgewinnung eine entscheidende Rolle und werden vor allem von den jeweiligen Jugendorganisationen bespielt. So verfügen beispielsweise alle Ortsgruppen der SDAJ in Baden-Württemberg über Instagram-Profile, die in unterschiedlicher Intensität genutzt werden.

Über die virtuelle Präsenz für eine niedrighschwellige Kontaktaufnahme hinaus, bleiben für die erfragten Parteien jedoch auch Informationsstände in Fußgängerzonen oder Flyer-Aktionen eine häufig gewählte Option für den Erstkontakt zu potentiellen Mitgliedern und Unterstützern. Insbesondere von den Ortsgruppen des Landesverbands der DKP werden regelmäßig Informationsstände in Baden-Württemberg betrieben.

In diesem Zusammenhang wird auch auf Ziffer 4 der Stellungnahme des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen zum Antrag der Fraktion der FDP/DVP, „Kinder in extremistischen Milieus“, Landtagsdrucksache 17/1592, verwiesen.

5. Welche Gewaltdelikte sind ihr von Mitgliedern und Unterstützern der in Ziffer 1 erfragten Parteien bekannt?

Zu 5.:

Strafbare Handlungen, die der politisch motivierten Kriminalität zuzurechnen sind, werden auf Grundlage des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes (KPMD) statistisch erfasst. Mit Beschluss der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder vom 10. Mai 2001 sind rückwirkend zum 1. Januar 2001 mit dem „Definitionssystem Politisch motivierte Kriminalität“ und den „Richtlinien für den Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität (KPMD-PMK)“ die bundesweit einheitlich geltenden Kriterien zur Definition und Erfassung politisch motivierter Straftaten in Kraft gesetzt worden. Diese beinhalten u. a. bundeseinheitlich vereinbarte Katalogwerte (Themenfelder, Angriffsziele und Tatmittel), welche statistisch auswertbar sind. Die alleinige Zugehörigkeit zu einer Partei ist kein Erfassungsparameter des KPMD-PMK, weswegen eine Auswertung im Sinne der Fragestellung nicht möglich ist.

Ersatzweise ergab eine Auswertung extremistischer Straftaten im Bereich der PMK – links – für Baden-Württemberg für die Jahre 2019 bis 2021 insgesamt 1 600 Straftaten, darunter 233 Gewaltstraftaten. Der deliktische Schwerpunkt lag jeweils bei Sachbeschädigungen.

Im Übrigen wird hinsichtlich der polizeilichen Erkenntnislage auf die Antwort zu Frage 1 sowie auf die Stellungnahme zum Antrag der Abg. Nico Weinmann u. a. (FDP/DVP), „Gewaltpotenzial der linksextremistischen Szene“, Drucksache 17/2527, verwiesen.

Darüber hinaus liegen keine Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung vor.

6. Wie bewertet sie das Gewaltpotenzial der in Ziffer 1 erfragten Parteien insgesamt?

Zu 6.:

Das LfV ordnet die beiden Parteien MLPD und DKP den dogmatischen links-extremistischen Gruppierungen zu, nicht der gewaltorientierten linksextremistischen Szene. Ihnen ist lediglich ein abstraktes Gewaltpotenzial beizumessen, soweit sie einen gewaltvollen, bewaffneten Aufstand als eine mögliche Option zur revolutionären Überwindung des aktuell existierenden politischen und ökonomischen Systems ansehen. Konkrete Hinweise für eine entsprechende Umsetzung liegen dem LfV allerdings nicht vor.

7. Welche Erkenntnisse liegen ihr über den Besitz von legalen und illegalen Waffen von Mitgliedern und aktiven Unterstützerinnen/Unterstützern der erfragten Parteien vor?

Zu 7.:

Es liegen keine Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung vor.

8. Verfügen die erfragten Parteien über einen Zugang zu Immobilien für Veranstaltungen und falls ja, welche Veranstaltungen fanden in diesen Immobilien statt?

Zu 8.:

Eine Vielzahl von Veranstaltungen, die von den erfragten Parteien durchgeführt werden, finden in Immobilien mit Szenebezug statt. Das LfV hat zudem Kenntnis von einem parteieigenen Grundstück der MLPD im Raum Stuttgart. Veranstaltungen linksextremistischer Beobachtungsobjekte werden durch die baden-württembergischen Sicherheitsbehörden allerdings nicht objektbezogen erfasst, sodass insoweit auch keine systematischen Gesamterhebungen vorliegen.

Darüber hinaus wird auf die Stellungnahme des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration zum Antrag der Abg. Lars Patrick Berg u. a. (AfD), „Immobilien im Eigentum bzw. Besitz von Linksextremisten“, Drucksache 16/5652, verwiesen.

Strobl

Minister des Inneren,
für Digitalisierung und Kommunen